

(A) **Sekretär Anders:** Meine Herren! Es ist ganz zweifellos, daß sich bei allen solchen Einteilungen gewisse Härten ergeben, die gewiß sehr schwer aufzuheben sein werden. Gerade aber hier hat meinem Gefühl nach die eine Unstimmigkeit Anlaß zu den Petitionen und zu den wiederholten Eingaben gegeben, und das ist, soviel ich weiß, die Unstimmigkeit, daß in Gröba in einem Hause ein Eisenbahnbeamter und ein Beamter der Zoll- und Steuerverwaltung wohnt. Der eine bekommt den Wohnungsgeldzuschuß nur nach Gröbaer Ortsklasse, und der andere, der Steuerbeamte, bekommt ihn nach der Riesaer Ortsklasse. Nun gibt es gewiß auch dafür eine Erklärung nach den Bestimmungen, wie sie der Herr Geheimrat vorhin dargelegt hat. Aber diese Erklärung wollen und können die Beamten nicht verstehen. Sie sagen: Beide dienen wir dem Staate, beide unterstehen wir dem Finanzministerium, also demselben Ressort, der eine ist derselben Klasse wie der andere als Beamter zugeteilt, nur bekommt er den Wohnungsgeldzuschuß für die Riesaer Klasse, und ich soll sie nur nach dem Gröbaer Tarif bekommen. Ich glaube, gerade hier ist es notwendig, daß man nicht nur zur Aufklärung der Beamten beiträgt, sondern auch eine Änderung herbeiführt.

Präsident: Der Herr Geheime Finanzrat Dr. Otto hat das Wort. — Er verzichtet.

Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abgeordneter Singer: Meine Herren! Ich akzeptiere gern die Richtigstellung eines Irrtums, muß aber zu meiner Rechtfertigung sagen, daß aus dem Protokoll das Zahlenverhältnis nicht hervorgeht. Ich bitte aber, den Irrtum entschuldigen zu wollen.

Die Ausführungen meiner Herren Vorredner überheben mich der Mühe, auf die Einwendungen der Regierung noch einmal speziell einzugehen. Nur etwas möchte ich noch richtiggestellt wissen, wo ich mich vielleicht verhört habe. Ich hörte von einer Summe von 30000 M., die der Staat mehr aufzuwenden hätte, wenn er die Wünsche berücksichtigte. In der hier vorliegenden Erklärung der Regierung vom 19. Dezember ist aber ausdrücklich nur von einer Mehrausgabe von 9540 M. die Rede.

(Zuruf vom Regierungstische: Riesa!)

Aber die Erklärung beschäftigt sich mit den gesamten Eingaben, da ist Engelsdorf, Dschaz und alles andere erwähnt. Wenn es sich aber nur auf Riesa bezieht, dann bezeichne ich das auch als richtiggestellt.

Meine Herren! Die hier zutage getretene große Rücksicht auf die Stadt Riesa gibt doch zu Bedenken Anlaß. Ich darf Ihre Erinnerung vielleicht einmal zurückführen auf die Verhandlungen wegen des gefallenen Bezirksverbandsgesetzes und möchte Ihnen einen Ausdruck wiedergeben aus einer Petition, die die Stadtverwaltungen seinerzeit zum Bezirksverbandsgesetze eingebracht haben, um Ihnen zu beweisen, welche Sympathien eigentlich die Stadtverwaltungen für die Landgemeinden haben. Da wird von den Vorständen der Amtshauptmannschaften in einem Satze gesagt — ich glaube, ich habe ihn noch fast wörtlich im Kopfe —: Sie wollen die Städte vor ihren räderlahmen Wagen spannen, auf den sie die leistungsunfähigen Gemeinden ihres Bezirks aufladen.

(Hört, hört! rechts.)

Meine Herren! Wenn bei diesen Ansichten dann den Städten die Sympathie der Regierung in diesem Maße zuteil wird, dann kann ich allerdings meine Bedenken nicht unterdrücken. Ich war immer der Meinung, daß der Staat die Aufgabe habe, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und zu stützen; nur wenn die Regierung unseren Beschluß berücksichtigt, tut sie das in rechtem Maße.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen, die Petition der Königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen?

Gegen 1 Stimme.

Damit ist unsere Tagesordnung für heute erledigt.

Ich beraume die nächste öffentliche Sitzung auf Dienstag den 17. März, nachmittags 1/2 2 Uhr, an und setze auf die Tagesordnung:

1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 32 und 33 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Gesamtministerium und Staatsrat sowie Kabinettskanzlei betreffend. (Drucksache Nr. 279.)
2. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 34 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Ordenskanzlei betreffend. (Drucksache Nr. 280.)
3. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Schwager und Genossen, die all-